

# FÜR EINE NEUE GRÜNDERZEIT JETZT!

## **Appell aus dem Startup- & Scaleup-Ökosystem an die Bundesregierung im Vorfeld der Sitzung des Koalitionsausschusses am 1. Juli**

Deutschlands Geschäftsmodell steht unter Druck. Allein im vergangenen Jahr 2025 sind pro Monat 10.000 Industriearbeitsplätze weggefallen. Unser jahrzehntelang erfolgreiches Exportmodell stößt an seine Grenzen: Handelskriege, geopolitische Unsicherheiten und die demographische Entwicklung verschärfen die Lage. Deutschland muss umsteuern. Und das ist möglich.

Denn Deutschland hat nach wie vor viele Stärken: Weltklasse-Forschung, Top-Talente und eine industrielle Basis, um die uns viele beneiden. Dazu kommt eine neue Generation an Gründer\*innen, die sich den Herausforderungen stellt und Neues bei uns aufbaut.

Bereits heute arbeiten 500.000 Menschen für deutsche Startups und Scaleups. Der Koalitionsvertrag hat dieses Potenzial erkannt und klargemacht: "Startups sind die Hidden Champions und DAX-Konzerne von morgen." Darauf aufbauend muss es jetzt darum gehen, die bestmöglichen Bedingungen für Startups und Scaleups zu schaffen: Wir brauchen echte Wachstumsperspektiven für die Unternehmen der Zukunft. Denn die nächsten globalen Champions entstehen (nur) dort, wo Gründungen einfach und die Skalierungsaussichten klar sind.

Deutschland braucht ein einheitliches ambitioniertes Zielbild für den Startup- und Scaleup-Standort. Die angekündigte Startup- und Scaleup-Strategie der Bundesregierung sollte das gewährleisten. Dafür muss sie messbare Ziele und konkrete Meilensteine festlegen und mit einem konsequenten Monitoring verbinden.

Das von der Bundesregierung avisierte Reformpaket bietet jetzt die Chance, die Weichen zu stellen für einen wettbewerbsfähigen und wachstumsstarken Wirtschaftsstandort, der unseren Wohlstand auch in den kommenden Jahrzehnten sichert.

Der nächste Koalitionsausschuss am 1. Juli muss diese Chance nutzen und in den zentralen Politikfeldern Steuern, Rente, Arbeitsmarkt und Bürokratieabbau zu entscheidenden Reformen kommen. Es geht nicht um Signale oder Absichtserklärungen, sondern um eine wirtschaftspolitische Wende.

**Und, eine wirtschaftspolitische Wende braucht eine neue Gründerzeit, jetzt!**

# Unsere 10 Forderungen – für eine neue Gründerzeit, jetzt

## 1. Altersvorsorge als Hebel: Mehr Teilhabe ermöglichen und mehr Kapital für Wachstum mobilisieren

Venture Capital (VC) ist eine attraktive Anlageklasse. Doch breiteren Bevölkerungsgruppen ist sie bei uns bisher kaum zugänglich. Damit wird Startups und Scaleups nicht nur dringend benötigtes Kapital vorenthalten – sondern auch Bürger\*innen die Möglichkeit genommen an dem wirtschaftlichen Erfolg der Wachstumsunternehmen teilzuhaben. Mit dem Altersvorsorgereformgesetz ist die Bundesregierung zwar erste Schritte in diese Richtung gegangen, . mit der anstehenden Rentenreform könnten aber noch deutlich größeres Potenzial genutzt werden.

**Wir fordern**, dass kapitalgedeckte Elemente in allen drei Säulen der Altersvorsorge schnell und ambitioniert aufgebaut und gestärkt werden. Anlagen in Venture Capital sollen ein elementarer Bestandteil der Investitionen in allen drei Säulen werden.

## 2. WIN: Neue Impulse für institutionelle Investoren

Die WIN (Wachstums- und Innovationsfinanzierung)-Initiative soll mehr Kapital institutioneller Investoren für Venture Capital mobilisieren. Damit kommt WIN eine zentrale Rolle bei den Bemühungen zu, die Startup- und Scaleup-Finanzierung maßgeblich zu stärken. Ohne zusätzliche Anstrengungen wird die Bundesregierung ihr im Koalitionsvertrag selbstgesetztes Ziel, im Wege der WIN-Initiative 25 Milliarden Euro VC-Investitionen bis 2030 zu mobilisieren, aber nicht erreichen. Das Ende 2025 verabschiedete Standortfördergesetz (StoFöG) setzt zwar richtige Akzente, reicht aber nicht aus. Das gilt auch für die Stärkung des Kapitalmarktes, dem als Exit-Kanal für Scaleups eine herausragende Bedeutung zukommt.

**Wir fordern**, dass WIN im Regierungshandeln Priorität bekommt und für Venture Capital bestehende steuerliche wie regulatorische Hindernisse durch Anreize ersetzt werden. Zudem muss die Kapitalmarktunion auf europäischer Ebene mit Nachdruck verfolgt und die Nachfrage für den öffentlichen Kapitalmarkt gestärkt werden.

## 3. Kündigungsschutz für Top-Gehälter flexibilisieren

Der gesetzliche Kündigungsschutz ist ein hohes soziales Gut, u.a. um Beschäftigte vor etwaiger Willkür zu schützen. Allerdings sollten Spitzenverdiener davon weniger profitieren als reguläre Angestellte, denn sie sind weniger schutzbedürftig. Starre Kündigungs-schutzregeln erhöhen die sog. "cost of failure" (Restrukturierungskosten). Deutschland liegt hier je Mitarbeitenden durchschnittlich bei 31 Monatsgehältern auf einem der letzten Plätze in Europa. In Dänemark sind es im Durchschnitt nur 3,3 Monatsgehälter, in der Schweiz 2,5. Im Ergebnis erschweren diese hohe Restrukturierungskosten bei uns Innovationsaktivitäten. Wer Mut zur Innovation stärken will, darf Risiken nicht (zu) teuer machen.

**Wir fordern** eine gezielte Flexibilisierung des Kündigungsschutzes für gutverdienende Beschäftigte in Spitzenpositionen.

#### 4. Talentgewinnung und –bindung erleichtern: Mitarbeiterkapitalbeteiligung praxistauglich machen

Talente sind für den Aufbau eines Startups erfolgskritisch. Mitarbeiterkapitalbeteiligungen sind dabei ein international bewährtes Instrument, um Mitarbeitende zu gewinnen und zu binden. In den vergangenen Jahren sind die gesetzlichen Bedingungen bei uns zwar signifikant verbessert worden. Doch in der Praxis gestaltet sich die Anteilsvergabe aufwändig und oft kostspielig. Der Koalitionsvertrag kündigt daher weitere Verbesserungen an. Wie im Steuerrecht sollte auch die Abgabe der Sozialversicherungsbeiträge nachgelagert erfolgen.

**Wir fordern**, dass Sozialabgaben von Mitarbeitenden nicht bereits bei der Anteilsvergabe, sondern erst dann zu zahlen sind, wenn sie tatsächlich Geld erhalten. Auch sollte im GmbH-Recht eine eigene Anteilsklasse für Mitarbeitende geschaffen werden, um hohe Strukturierungskosten zu reduzieren.

#### 5. EU Inc. vorantreiben, Skalierung vereinfachen

Eine einheitliche europäische Gesellschaftsform, die schnelle Gründung und einfache Skalierung über Grenzen hinweg ermöglicht, wäre ein Gamechanger für das Startup- und Scaleup-Ökosystem in Europa – und eine echte Alternative zur sog. "Delaware Inc.". Die EU-Kommission hat dazu im März 2026 einen Verordnungsentwurf vorgelegt, der wichtige Herausforderungen in diesem Zusammenhang adressiert.

**Wir fordern**, dass die Bundesregierung im weiteren Gesetzgebungsprozess zur EU Inc. als gestaltende Kraft auftritt, das Ambitionsniveau des Kommissionentwurfs verteidigt und Verwässerungstendenzen entgegnet.

#### 6. DMA konsequent durchsetzen – ohne Wenn und Aber

Der Digital Markets Act (DMA) ist Europas schärfstes Instrument für einen fairen Wettbewerb im digitalen Raum und gegen beherrschende Marktdominanz von BigTech. Das Versprechen im Koalitionsvertrag, den DMA effektiv durchzusetzen, muss jetzt eingelöst werden. Verstöße müssen konsequent und mit empfindlichen Strafen geahndet werden. Denn rechtswidriges Verhalten darf sich am Ende nicht lohnen.

**Wir fordern** die Bundesregierung auf, sich sowohl öffentlich als auch bei der EU-Kommission für die Interessen der europäischen Digitalwirtschaft einzusetzen und sich für eine konsequente Anwendung des DMA stark zu machen.

#### 7. Bürokratie zurückbauen und neue Belastungen vermeiden

Gründergeist wird dort frei, wo Gründen einfach ist. Die Pilotphase des Bundesministeriums für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) für schnelleres Gründen an acht Standorten ist ein Startpunkt. Gewerbeanmeldung und steuerliche Erfassung digital und in einem Schritt zu bündeln ("one-stop-shop") muss aber flächendeckend schnell zur Norm werden. Die Modernisierungsagenda zeigt, dass Vereinfachungen möglich sind. Zudem sind neue Hürden zu vermeiden: Das geplante Beschäftigtendatenschutzgesetz etwa würde gerade daten- und KI-getriebene Innovationen mit zusätzlichen und unübersichtlichen Auflagen ausbremsen. Das wäre ein Widerspruch zum Ziel der Koalition, Bürokratie spürbar abbauen zu wollen.

**Wir fordern** die flächendeckende und zügige Umsetzung der 24-Stunden-Gründung und ein Moratorium für neue (bürokratische) Belastungen.

## 8. Ausgründungen erleichtern, DeepTech stärken

Deutschland hat eine Forschungslandschaft von Weltrang. Ob Fusionsenergie oder Raumfahrt, ob Bio- oder Quantentechnologie: Die Durchbrüche passieren hier, aber zu selten entstehen daraus Unternehmen. Oft langwierige IP-Transfer-Prozesse sind ein Nadelöhr bei Ausgründungen. Mangelnde Anreizsysteme für Ausgründungen und eine unterentwickelte Entrepreneurship-Bildung an Schulen und Hochschulen erschweren die Situation. Den zehn Startup-Factories kommt hier eine Vorreiterrolle zu, die weiter systematisch gestärkt werden soll. Doppelte Strukturen sind zu vermeiden.

**Wir fordern**, dass die angekündigte "nationale IP-Strategie" einen Schwerpunkt auf Ausgründungen legt und gezielte Ausgründungsanreize geschaffen werden. Das schließt einen Fokus auf Entrepreneurship Education an Hochschulen und Forschungsinstitute mit ein.

## 9. Den Staat als Ankerkunden etablieren

Der Staat kann als strategischer Erstkunde für innovative Unternehmen Leuchtturmprojekte ermöglichen, Märkte öffnen und Hidden Champions von morgen früh fördern. Das ist eine Win-Win-Situation: Innovative Unternehmen erzielen erste Umsätze, die öffentliche Hand gewinnt modernste Lösungen, und Bürger\*innen profitieren von besseren Dienstleistungen.

**Wir fordern** die Bundesregierung auf, die öffentliche Beschaffung konsequent für innovative Unternehmen zu öffnen und DeepTech-Startups meilensteinbasiert den Weg zur Marktreife zu ebnen. Ein Zielkorridor für die Auftragsvergabe an Startups hilft dabei.

## 10. Digitale Infrastruktur stärken, KI-Rechenkapazität aufbauen

Europa verfügt heute über nur drei Prozent der globalen Rechenzentrumskapazität. Die kommende Generation von KI-Modellen wird ein Vielfaches davon erfordern. Wer nicht über die nötige Infrastruktur verfügt, riskiert, dauerhaft den Anschluss zu verlieren. Digitale Souveränität ist eine Frage wirtschaftlicher Stärke und technologischer Leistungsfähigkeit. KI ist längst nicht mehr nur eine Technologieagenda, sondern eine industrie- und sicherheitspolitische Aufgabe. Europa kann sich nicht in die KI-Führerschaft hineinregulieren, sondern muss selbst entwickeln, bereitstellen und skalieren. Dazu gehören der Ausbau von Rechenkapazitäten sowie die Finanzierung europäischer Open-Source-Modelle. Die geplanten KI-Gigafactories sind ein Schritt in die richtige Richtung, reichen aber nicht aus. Andernfalls droht Europa zum reinen Anwender fremder Technologien zu werden.

**Wir fordern** von der Bundesregierung eine massive Kapitalmobilisierung für den Ausbau von Rechenzentren und faire Zugangsbedingungen, damit europäische Startups und Scaleups nicht dauerhaft von außereuropäischen Hyperscalern abhängig bleiben.

Appell unterzeichnen

eine Initiative vom  
 **STARTUP  
VERBAND**